

Inhalt

Vorwort	VII
Abkürzungsverzeichnis	IX

Einleitung

I. Forschungsgegenstand	1
A. Der Wandel des Einsatzes tödlicher Waffengewalt	1
B. Der Einsatz tödlicher Waffengewalt durch die deutsche auswärtige Gewalt	3
1. Maßgebliche Fälle des Einsatzes tödlicher Waffengewalt	4
a) Unmittelbarer Einsatz tödlicher Waffengewalt durch deutsche Hoheitsträger	4
b) Beteiligung deutscher Hoheitsträger an fremdem Einsatz tödlicher Waffengewalt	7
2. Die deutsche auswärtige Gewalt	10
C. Annäherung an den Forschungsgegenstand	13
II. Forschungsziel und Forschungsfrage	15
III. Forschungsmethode	16
A. Grundlegende Differenzierung nach Sachfragen	16
B. Differenzierung nach anwendbaren Rechtsregimen	17
1. Rechtmäßigkeit grenzüberschreitender militärischer oder polizeilicher Operationen deutscher auswärtiger Gewalt	17
a) nach Maßgabe des Völkerrechts	17
b) nach Maßgabe des Verfassungsrechts	17
2. Rechtmäßigkeit des konkreten Einsatzes tödlicher Waffengewalt durch die deutsche auswärtige Gewalt	18
a) nach Maßgabe des Völkerrechts	18
b) nach Maßgabe des Verfassungsrechts	19
C. Beziehungen zwischen den verschiedenen Rechtmäßigkeitsurteilen	20
D. Konkrete methodische Herangehensweise	22
IV. Über den Forschungsgegenstand hinausgehender Forschungsertrag	23
V. Gang der Darstellung	24

1. Teil
Rechtmäßigkeit militärischer oder polizeilicher Operationen
der deutschen auswärtigen Gewalt

1. Kapitel: Völkerrecht

I. Das völkerrechtliche Gewaltverbot	26
II. Ausnahmen vom völkerrechtlichen Gewaltverbot	28
A. Individuelle und kollektive Selbstverteidigung gem. Art. 51 UN-Charta	28
B. Kapitel VII-Ermächtigung durch den UN-Sicherheitsrat	31
C. Intervention auf Einladung	32
D. Feindstaatenklauseln, Art. 53 Abs. 1, 107 UN-Charta	33
E. Ausübung des völkerrechtlichen Selbstbestimmungsrechts	33
F. Intervention zum Schutz eigener Staatsbürger im Ausland	33
G. Humanitäre Intervention und Responsibility to Protect	34
III. Rechtsfolgen des Verstoßes gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot	36
IV. Zwischenergebnis	36

2. Kapitel: Verfassungsrecht

I. Voraussetzungen des Auslandseinsatzes im Verteidigungsfall	37
II. Voraussetzungen des Auslandseinsatzes jenseits des Verteidigungsfalls	38
A. Formelle Voraussetzung: Wehrverfassungsrechtlicher Parlamentsvorbehalt	38
B. Materieller Rechtmäßigkeitsmaßstab: Art. 87a Abs. 2 oder Art. 24 Abs. 2 GG	41
C. Materielle Voraussetzungen von Art. 24 Abs. 2 GG	42
D. Materielle Voraussetzungen und Anwendbarkeit von Art. 87a Abs. 2 GG	43
1. Einsätze „zur Verteidigung“ i.S.d. Art. 87a Abs. 2 GG	43
2. Anwendbarkeit des Art. 87a Abs. 2 GG auf Auslandseinsätze?	45
E. Zulässigkeit von Auslandseinsätzen der Streitkräfte mit polizeilichem Gepräge?	47
F. Zulässigkeit von Auslandseinsätzen außerhalb von Systemen gegenseitiger kollektiver Sicherheit?	48
III. Voraussetzungen des Auslandseinsatzes der Bundespolizei	53
A. Verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Auslandseinsatzes der Bundespolizei	53
B. Keine Übertragung wehrverfassungsrechtlicher Vorgaben auf die Bundespolizei	55

C. Formelle und materielle Voraussetzungen des Auslandseinsatzes der Bundespolizei	57
IV. Rechtsfolgen des Verstoßes gegen die verfassungsrechtlichen Anforderungen an Auslandseinsätze	60
V. Zwischenergebnis	61

2. Teil

Rechtmäßigkeit des konkreten Einsatzes tödlicher Waffengewalt durch Angehörige der deutschen auswärtigen Gewalt

1. Kapitel: Völkerrecht

I. Völkerrechtliche Menschenrechte	62
A. Einschlägige völkerrechtliche Menschenrechtskonventionen	63
B. Extraterritorialer Anwendungsbereich der Menschenrechte	64
1. Europäische Menschenrechtskonvention	64
a) Rechtsprechung des EGMR	64
b) Stellungnahme	66
2. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte	68
a) Meinungsstand	68
b) Stellungnahme	69
C. Das völkerrechtliche Recht auf Leben aus Art. 2 EMRK, Art. 6 IPBPR	70
1. Art. 2 EMRK	70
a) Schutzbereich	70
b) Eingriff	70
c) Eingriffsrechtfertigung	71
aa) Enumerierte Rechtfertigungsgründe des Art. 2 Abs. 2 EMRK	71
bb) Strenger Verhältnismäßigkeitsmaßstab	72
d) Anforderungen an gesetzliche Eingriffsermächtigungen	74
e) Nachsorge	74
2. Art. 6 IPBPR	75
a) Schutzbereich	75
b) Eingriff	75
c) Eingriffsrechtfertigung	75
d) Anforderungen an gesetzliche Eingriffsermächtigungen	77
e) Nachsorge	77
3. Konvergenz der materiellen Gewährleistungen von Art. 2 EMRK, Art. 6 IPBPR	77
4. Modifikationen des Schutzgehalts im Angesicht besonderer Bedrohungslagen?	78

D.	Menschenwürde als völkerrechtliches Menschenrecht	81
E.	Zwischenergebnis zu I.	83
II.	Das Recht der bewaffneten Konflikte	84
A.	Regelungs- und Anwendungsbereich des Rechts der bewaffneten Konflikte	85
1.	Grundlegende normative Unterscheidung: Internationaler oder nicht-internationaler bewaffneter Konflikt	85
2.	Internationale bewaffnete Konflikte	86
3.	Nicht-internationale bewaffnete Konflikte	88
a)	Erfordernis einer bestimmten Dauer und Intensität der Kampfhandlungen	89
b)	Verhältnis zwischen dem Gemeinsamen Artikel 3 GK I–IV und dem ZP 2	91
4.	Transnationale bewaffnete Konflikte?	92
a)	Meinungsstand	92
b)	Stellungnahme	93
B.	Verhältnis des Rechts der bewaffneten Konflikte zu anderen Regimen	94
1.	Verhältnis zwischen dem Recht der internationalen Konfliktvermeidung und dem Recht der internationalen bewaffneten Konflikte	95
2.	Verhältnis zwischen dem Recht der bewaffneten Konflikte und den völkerrechtlichen Menschenrechten	96
a)	Parallele Anwendbarkeit der beiden Rechtsregime	97
b)	Wachsender Anwendungsbereich der völkerrechtlichen Menschenrechte im bewaffneten Konflikt?	98
aa)	Meinungsstand	99
bb)	Stellungnahme	100
c)	Erfordernis einer Rechtsgrundlage für den Einsatz von Waffengewalt im bewaffneten Konflikt nach Maßgabe der völkerrechtlichen Menschenrechte?	102
C.	Rechtmäßigkeit des Einsatzes tödlicher Waffengewalt im internationalen bewaffneten Konflikt	103
1.	Rechtmäßige Auswahl der Zielpersonen und Zielobjekte: Das humanitärvölkerrechtliche Unterscheidungsprinzip	103
a)	Kombattanten	104
b)	Zivilisten	106
c)	Sonderkategorie unrechtmäßiger Kämpfer?	107
d)	Der Tatbestand der unmittelbaren Teilnahme an Kampfhandlungen	108
aa)	Unmittelbare Teilnahme in sachlicher Hinsicht	108
bb)	Unmittelbare Teilnahme in zeitlicher Hinsicht	110
e)	Militärische und zivile Zielobjekte	113
f)	Das Verbot unterschiedsloser Angriffe	114

2.	Rechtmäßige Auswahl der Mittel und Methoden der Kriegsführung ...	115
a)	Grundlegende Anforderungen an Mittel und Methoden der Kriegsführung	115
b)	Zentrale Kampfmittel- und Kampfmethodenverbote	115
c)	Heimtücke und Kriegslist	116
d)	Einsatz von Kampfdrohnen	117
aa)	Humanitärvölkerrechtliche Qualifikation von Kampfdrohnen und des sie bedienenden Personals	117
bb)	Humanitärvölkerrechtliche Zulässigkeit des Einsatzes tödlicher Waffengewalt unter Verwendung von Kampfdrohnen	118
cc)	Rechtliche Implikationen technischer Entwicklungsperspektiven	121
3.	Verhältnismäßigkeitsanforderungen	122
a)	Vorsichtsmaßnahmen	122
b)	Das Verbot unverhältnismäßiger Verluste unter der Zivilbevölkerung	124
c)	Das Prinzip der militärischen Erforderlichkeit	125
d)	Nachsorge und Schadenskompensation	126
D.	Rechtmäßigkeit des Einsatzes tödlicher Waffengewalt im nicht-internationalen bewaffneten Konflikt	127
1.	Rechtmäßige Auswahl der Zielpersonen	127
a)	Mitglieder staatlicher Streitkräfte und organisierter bewaffneter Gruppierungen	128
b)	Zivilisten	130
c)	Der Tatbestand der Teilnahme an Kampfhandlungen i.S.d. Art. 13 Abs. 3 ZP 2	130
2.	Rechtmäßige Auswahl der Zielobjekte, Verbot unterschiedsloser Angriffe, rechtmäßige Auswahl der Mittel und Methoden der Kriegsführung	132
3.	Verhältnismäßigkeitsanforderungen	133
E.	Zwischenergebnis zu II.	133

2. Kapitel: Verfassungsrecht

I.	Geltung und Umfang der Grundrechtsbindung der deutschen auswärtigen Gewalt	135
A.	Grundsätzliche Grundrechtsbindung der deutschen auswärtigen Gewalt	135
1.	Grundrechtsbindung der deutschen auswärtigen Gewalt im Allgemeinen	136
a)	Meinungsstand	137
b)	Stellungnahme	139
2.	Grundrechtsbindung der Streitkräfte und Sicherheitsbehörden	143

3.	Grundrechtsbindung im bewaffneten Konflikt	144
a)	Meinungsstand	144
b)	Rechtsprechung	145
c)	Stellungnahme	147
4.	Grundrechtsbindung im Verteidigungsfall	149
5.	Grundrechtsbindung bei Einsätzen im Rahmen internationaler Organisationen	149
a)	Maßstab für die Übertragung von Hoheitsrechten: Art. 24 Abs. 1 GG	151
b)	Hoheitsübertragung im Rahmen von NATO-Einsätzen?	154
c)	Hoheitsübertragung im Rahmen von UN-Einsätzen?	159
d)	Hoheitsübertragung im Rahmen von EU-Einsätzen?	161
e)	Hoheitsübertragung im Rahmen von Einsätzen multinationaler Verbände?	163
f)	Keine Übertragung von Hoheitsrechten „durch Gesetz“ gem. Art. 24 Abs. 1 GG	164
g)	Grundrechtsbindung selbst in Fällen von Hoheitsübertragung	165
6.	Zwischenergebnis	167
B.	Einschränkung der Grundrechtsbindung der auswärtigen Gewalt	167
1.	Grundlegung und grundrechtsdogmatische Einordnung	169
2.	Begründungstopoi der eingeschränkten Grundrechtsbindung und ihre Grenzen	170
a)	Maßstab: Verfassungsdogmatische Voraussetzungen für Modifikationen der Grundrechtsbindung	172
b)	Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	175
aa)	Herleitung und Inhalt der Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes	175
bb)	Meinungsstand zur grundrechtsbeschränkenden Wirkung ...	176
cc)	Rechtsprechung zur grundrechtsbeschränkenden Wirkung	177
dd)	Stellungnahme	178
c)	Internationale Kooperationsfähigkeit Deutschlands	181
aa)	Internationale Vertragsfähigkeit	181
bb)	Effektivität des Rechtshilfeverkehrs	183
cc)	Berücksichtigung und Vermeidung der Zensur fremder Rechtsordnungen	185
dd)	Politische Handlungsfähigkeit nach außen	187
ee)	Kompensation eines verringerten Grundrechtsschutzes durch Vorteile aus internationaler Kooperation	189
d)	Annäherung an einen dem Grundgesetz voll entsprechenden Zustand	190
e)	Wirksame militärische Landesverteidigung, Bündnisverteidigung sowie Erfordernisse und Zweckmäßigkeiten militärischer Einsätze	191
aa)	Wirksame militärische Landesverteidigung	191

bb) Bündnisverteidigung	196
cc) Bündnisverteidigung fernab des Hoheitsgebiets eines Vertragsstaates	196
dd) Spezifische Erfordernisse militärischer Einsätze	197
f) Faktische Besonderheiten des Auslandssachverhalts	199
aa) Meinungsstand	199
bb) Stellungnahme	201
g) Gewichtige Interessen des deutschen Gemeinwohls	204
3. Systematische Ansätze zur Einschränkung des grundrechtlichen Schutzniveaus	205
a) Grundrechtskollisionsrechtlicher Ansatz	205
b) Mindeststandardansatz	206
c) Fallgruppenbezogener Ansatz	207
d) Einzelfallansatz	208
4. Zwischenergebnis	209
C. Auswirkungen auf die einschlägigen Grundrechte	211
1. Recht auf Leben, Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG	211
a) Keine Schutzbereichsbeschränkungen in bewaffneten Konflikten	212
b) Eingriffe	213
c) Grundzüge der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung von Tötungen	213
aa) Einsatz tödlicher Waffengewalt zum Rechtsgüterschutz in der Ausnahmelage des bewaffneten Konflikts	215
bb) Einsatz tödlicher Waffengewalt zum Rechtsgüterschutz in der extraterritorialen Normallage	220
cc) Kompensation eines abgesenkten Grundrechtsschutzes	221
2. Recht auf körperliche Unversehrtheit, Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG	223
3. Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG	224
a) Menschenwürdeverletzung durch Tötung Unbeteiligter	226
b) Menschenwürdeverletzung durch Tötung Unbeteiligter im bewaffneten Konflikt	229
4. Sonderfall: Bewahrung des Gemeinwesens im qualifizierten Staatsnotstand	233
D. Zwischenergebnis zu I.	234
II. Der Vorbehalt des Gesetzes und der Einsatz tödlicher Waffengewalt durch die deutsche auswärtige Gewalt	236
A. Der Vorbehalt des Gesetzes	237
1. Funktionen des Vorbehalts des Gesetzes	237
2. Bestandteile und Anforderungen des Vorbehalts des Gesetzes	238

a)	Wesentlichkeitstheorie, Regelungsdichte, Bestimmtheitsanforderungen	239
b)	Sachliche Einschränkungen	240
c)	Einschränkungen bei atypischen Gefahrenlagen	241
d)	Ausnahmen im Staatsnotstand?	242
B.	Geltung des Vorbehalts des Gesetzes für Akte der auswärtigen Gewalt	246
1.	Grundsätzliche Geltung für Akte der auswärtigen Gewalt	246
a)	Meinungsstand	246
b)	Rechtsprechung	248
c)	Staatspraxis	249
d)	Stellungnahme	250
2.	Modifikationen bei Akten der auswärtigen Gewalt	253
a)	Meinungsstand	253
b)	Rechtsprechung	255
aa)	Verfassungsgerichtliche Vorgaben im Zweitregisterurteil ...	256
bb)	Chemiewaffenbeschluss und Maastricht-Urteil: Modifikationen in Bezug auf völkerrechtliche Verträge?	257
c)	Stellungnahme	260
d)	Eigener Ansatz	262
C.	Anforderungen des Vorbehalts des Gesetzes an den Einsatz tödlicher Waffengewalt durch die deutsche auswärtige Gewalt	265
1.	Anwendung der grundlegenden Anforderungen des Vorbehalts des Gesetzes	265
2.	Maßstabsbildung: Anforderungen des Vorbehalts des Gesetzes an den Einsatz tödlicher Waffengewalt im Inland	266
a)	Anforderungen an den Einsatz tödlicher Waffengewalt im Inland	266
b)	Übertragbarkeit des inländischen Maßstabs auf die auswärtige Gewalt	266
3.	Modifikationen der Anforderungen des Vorbehalts des Gesetzes an den Einsatz tödlicher Waffengewalt im Ausland im Vergleich zum Inland	267
D.	Zwischenergebnis zu II.	268
III.	Mögliche Ermächtigungsgrundlagen zum Einsatz tödlicher Waffengewalt durch die deutsche auswärtige Gewalt	270
A.	Völkerrechtliche und sonstige zwischenstaatliche Normen	270
1.	Resolutionen des UN-Sicherheitsrates i.V.m. Kapitel VII UN-Charta	272
a)	Eignung der Sicherheitsratsresolutionen als Eingriffs- ermächtigung?	273
b)	Rechtswirkung des Art. 103 UN-Charta	274
2.	Rules of Engagement	275

B.	Verfassungsrecht	276
1.	Art. 87a GG	277
a)	Meinungsstand	277
b)	Gesetzesbegründung	278
c)	Rechtsprechung	280
d)	Stellungnahme	281
2.	Art. 24 Abs. 2 GG	282
3.	Art. 25 GG i.V.m. dem humanitären Völkergewohnheitsrecht	284
a)	Meinungsstand	284
b)	Stellungnahme	285
C.	Gewohnheitsrecht	286
D.	Parlamentsgesetzliche Normen	288
1.	Zustimmungsgesetze zu völkerrechtlichen Verträgen	289
a)	Selbstverteidigungsrecht gem. Art. 51 UN-Charta	290
b)	Genfer Konventionen, Zusatzprotokolle 1 und 2, Haager Landkriegsordnung	290
c)	Art. VII Abs. 10 NATO-Truppenstatut	295
2.	§ 32 StGB	296
a)	Grundsätzliche Geltung des § 32 StGB auch für Hoheitsträger	297
b)	Eignung des § 32 StGB als gesetzliche Eingriffsermächtigung	298
c)	Tatbestand	300
3.	§§ 34, 35 StGB	301
4.	§ 7 Soldatengesetz	302
5.	§§ 15–18 UZwGBw	303
a)	Räumlicher Anwendungsbereich des UZwGBw	303
b)	Sachlicher Anwendungsbereich des UZwGBw	305
c)	Tatbestand	306
d)	Zwischenergebnis	307
6.	§ 8 BPolG	308
7.	§ 12 VwVG i.V.m. §§ 10, 12 UZwG	309
E.	Sonstige Normen	311
1.	Zustimmungsbeschlüsse des Bundestages zu Auslandseinsätzen	311
2.	Taschenkarten zu den Regeln für die Anwendung militärischer Gewalt	313
3.	Militärische Befehle	315
F.	„Zusammengesetzte“ Rechtsgrundlage	316
G.	Rechtsfolgen	319
1.	Mögliche Duldung des Fehlens einer Eingriffsgrundlage während ausnahmsweiser Übergangsfrist	319

a)	Voraussetzungen einer ausnahmsweisen Übergangsfrist	320
b)	Ausnahmsweise Übergangsfrist beim extraterritorialen Waffeneinsatz?	321
c)	Sonderfrist wegen funktionaler Äquivalente?	323
d)	Zwischenergebnis	324
2.	Auswirkungen auf Primär- und Sekundärrechtsschutz gegen den Einsatz tödlicher Waffengewalt, insbesondere auf den Amtshaftungsanspruch	325
3.	Auswirkungen auf die strafrechtliche Beurteilung des tödlichen Waffeneinsatzes	326
H.	Verfassungsgemäße Ermächtigungsgrundlage	328
1.	Regelungen anderer Staaten	328
2.	Gesetzgebungstechnik	330
3.	Differenzierung nach Einsatzlagen und inhaltlicher Maßstab	330
a)	Einsatz tödlicher Waffengewalt in bewaffneten Konflikten	331
b)	Einsatz tödlicher Waffengewalt außerhalb bewaffneter Konflikte	331
c)	Einsatz tödlicher Waffengewalt im Verteidigungsfall	332
d)	Abgrenzung zwischen Einsatzlagen und Beurteilungsspielraum	333
4.	Kompensatorische Elemente	333
I.	Zwischenergebnis zu III.	334

Zusammenfassung und Ausblick

I.	Zusammenfassung der Ergebnisse	337
II.	Verhältnis der Rechtsregime	339
III.	Bilanz und Ausblick	341
	English summary	343
	Literaturverzeichnis	347
	Verzeichnis internationaler Rechtsprechung und Spruchpraxis	388